

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No. 11

Beilageblatt für den Bezirk Nagold und für Mittenfeld-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Marktschillinge. Die Einzelmummern kosten 10 Marktschillinge. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 12 Marktschillinge, die Wochenschrift 35 Marktschillinge
erscheinung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Zahlbar innerhalb 3 Tagen. — Für telegrafisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 58

Mittenfeld, Donnerstag den 6. März.

Jahrgang 1924

Das franz. Militärlager in der Pfalz.

Die Eroberung des linken Rheinufer war von jeher das unausgesprochene Ziel der französischen Politik. Dieses Ziel kann man durch alle Jahrhunderte verfolgen, es ist gleichmäßig beobachtet worden, ob Frankreich nun ein Königreich, eine Republik oder ein Kaiserreich war. Bei den französischen Annexionsplänen hinsichtlich des linken Rheinufer hat nun die Pfalz stets eine besondere Rolle gespielt. Die Pfalz war den französischen Politikern und Generalen stets der Angelpunkt für ihre gesamten Annexionspläne. Von hier aus ließ sich der Einfall in das rechtsrheinische Gebiet über Mainz und Frankfurt a. M. hinaus am leichtesten bewerkstelligen. Das hat sich im 17. Jahrhundert zur Zeit Ludwigs XIV., das hat sich weiter in den französischen Revolutionskriegen gezeigt und zeigt sich auch jetzt wieder. Die Pfalz ist den Franzosen nicht nur politisch, sondern auch strategisch wertvoll, sie ist mit einem Wort für die französischen Generale das Einfallstor nach Deutschland. Deshalb haben sie die Pfalz zu einem französischen Heerlager gemacht und das Land nach allen Regeln der Kunst militarisiert. Von diesen militärischen Gesichtspunkten aus gesehen hat die Rheinpfalz eine doppelte Bedeutung und Aufgabe für den französischen Militarismus. Sie stellt sich einmal als Aufmarschgebiet für einen zukünftigen Angriffskrieg gegen Deutschland und weiter als Festungsgürtel für einen Verteidigungskrieg gegen Deutschland dar.

Man beachte nur das eine, daß alle strategisch wichtigen Plätze in der Pfalz mit einer starken französischen Besatzung belegt sind. Die Besatzungsmacht übersteigt die alten deutschen Garnisonen in den meisten Fällen um das Zwei- bis Dreifache. So hatte Landau vor dem Krieg eine deutsche Besatzung von etwa 6 deutschen Regimentern. In Germersheim stand vor dem Krieg ein deutsches Regiment, heute befinden sich dort drei Regimenter. Kaiserslautern hatte vor dem Krieg zwei deutsche Bataillone, heute beherbergt es drei französische Bataillone und einen großen Automobilpark. Ludwigshafen und Neustadt, die vor der Besetzung keinerlei deutsche Garnison hatten, haben heute eine solche von ein bis zwei Bataillonen. Besonders stark sind die technischen Waffen vertreten. Der frühere kleine deutsche Flugplatz Looschen-Speyerdorf enthält heute französische Jagdtruppen in Stärke von zwei Regimentern. Das frühere Ludwigswinkel ist heute eine vollkommene Militärlager mit einer Besatzungsmacht von 5-6000 Mann, ein Militärlager, das mit dem nahegelegenen Bistich jeden Vergleich aushält. Selbstverständlich bringt eine solche starke Besetzung eines Landes eine Fülle von Einquartierungen, Lasten und Unannehmlichkeiten für die betroffene Bevölkerung mit sich. Entsprechend hoch sind natürlich die Kosten für diese riesige Garnison. Sie zehren auch noch von den geringen, aber doch außerordentlich harten Steuereingängen, mit denen wir mühsam das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen versuchen. Aber man weiß in Paris und Koblenz nur zu genau, warum man gerade die Pfalz zu einem französischen Heerlager gemacht hat. Der Einblick in die französische Politik hat, der erkennt leicht, daß hier der militärische Zweck im Vordergrund der Aktion steht.

Zur Abschaffung des Kalifats.

Die Nationalversammlung in Angora hat den Vorschlag wegen Abschaffung des Kalifats angenommen. Der Weg, den die junge türkische Republik seit Abschluß des Friedensvertrags in Lausanne eingeschlagen hat, erreicht mit diesem Beschluß der Nationalversammlung eine Etappe von außerordentlicher Wichtigkeit, wie sie nicht oft in Völkern zu verzeichnen ist. Am 1. November 1922 erklärte die Nationalversammlung, daß der Kalif und Sultan, Wahid-el-Din Khan, der vierte Sohn des Sultans Abdul Rehid Khan, Kaiser der Osmanen und Oberhaupt der Gläubigen zu regieren aufgehört habe. Am 17. November verließ er auf einem englischen Kriegsschiff Konstantinopel. Nach einem Besuch in Neapel hat er jetzt in San Remo seinen Aufenthalt genommen. Am 19. November 1922 wurde Prinz Abdul Rehid Effendi, der älteste überlebende Sohn des Sultans Abdul Rehid Khan zum Kalifen ernannt, nicht aber zum Sultan.

24. November erfolgte die Inbesitznahme mit dem Mantel des Propheten. Das Schwert der Sultane wurde ihm jedoch nicht umgehürtet. Der neue Kalif behielt zwar die Anrede „Majestät“, nicht aber den Titel „Khan“. Als Wohnsitz diente ihm wie bisher der kaiserliche Palast Dolma Baghche. Auch wurden ihm von der kaiserlichen Leibgarde wie bisher die Ehren erwiesen.

All das ist mit dem Beschluß der Nationalversammlung verbunden. Die führenden Männer in Angora, in erster Linie Mustafa Kemal Pascha, der eine dreifache Präsidentenwürde, als Reichspräsident, Präsident des Kabinetts über dem Premierminister und Präsident der Nationalversammlung über dem eigentlichen Verhandlungspräsidenten bekleidet, ferner Ismet Pascha, dann die diktatorisch regierende Volkspartei haben einen Schritt unter eine bisher heilige Glaubensformel der mohammedanischen Welt gezogen. Man kann erste Bedenken hegen über die Folgen, die dieses Vorgehen bei den gläubigen Mohammedanern auslösen wird.

Die Frage der Abschaffung des Kalifats kam nach Kemal Paschas großer Rede am Samstag zur Entscheidung, worüber nachstehendes Telegramm berichtet: Aus Angora werden folgende Einzelheiten über die Rede des Präsidenten Mustafa Kemal Pascha bei Eröffnung der Session der Nationalversammlung mitgeteilt: Mustafa Kemal Pascha unterstrich, daß die türkische Nation fest entschlossen sei, der republikanischen Auffassung zuverlässige Grundlagen zu sichern. Er spielte auf die Verabschiebung der Militärdiktatur auf 1 1/2 Jahre an und hob hervor, daß dieser Beschluß den Willen der türkischen Regierung, nur im Falle unabdingter Notwendigkeit zu den Waffen zu greifen, außer Zweifel setze. Der Präsident besprach im einzelnen die Wege über die Finanz- und Wirtschaftsreform, die geplanten Eisenbahnbauten und den Entwurf des Hygienegesetzes und gab folgende Erklärungen über die Vereinheitlichung des Unterrichts ab. U. a. verrät er die Vereinfachung des religiösen Unterrichts in den Spezialschulen. Der Präsident forderte eine Gerichtsverfassung, die durch Befestigung der religiösen Gerichte eine moderne einheitliche Rechtsprechung sichern solle. Mustafa Kemal Pascha trat schließlich für den möglichen Beitritt der Türkei zum Völkerbund ein.

Der Münchner Hochverratsprozeß.

München, 5. März.

Am Dienstagabend erklärte noch Zeuge Regierungsrat Balz von der Polizeidirektion, daß dem Angeklagten Fried die Uebersetzung des Polizeipräsidiums durch Böhner sehr überraschend und durchaus nicht zu Gefallen gekommen sei. Fried habe sich überhaupt nicht als Polizeipräsident geübt. In der Nacht hat der Zeuge aus Nürnberg die Mitteilung erhalten, daß von dort Reichswehr nach München in Marsch gesetzt werde. Als er deswegen das Generalsstaatskommissariat angerufen habe, sei ihm ausweichende Antwort zuteil geworden. Böhner habe gesagt: „Was wollen Sie für Zweifel haben? Kahr hat sein Wort gegeben!“ Als er, Zeuge, in der Nacht erfuhr, daß Fried und Böhner verhaftet seien, habe er das für ganz unmöglich gehalten und sei so tief erschüttert gewesen, daß es ihn zunächst unfähig gemacht habe, etwas zu arbeiten. Er habe Kahr, Kossow und Seiffert für die Inhaber der legalen Gewalt gehalten. Wenn die Polizei die bestimmte Kenntnis gehabt hätte, daß ein politischer Führer einen Staatsstreich machen wolle, dann wäre dieser Führer selbstverständlich verhaftet worden. Das unzeitgemäße Einsetzen der Landespolizei im Bürgerbräukeller hätte ein Blutbad zur Folge haben können. Bei der langjährigen Zusammenarbeit von Kahr und Böhner hätte er es für unmöglich gehalten, daß Kahr seinen Freund Böhner nicht benachrichtigt hätte, wenn er seine Stimmung geändert hätte.

Der Staatsanwalt fragte den Zeugen, ob er gehört habe, daß Hitler im Bürgerbräukeller erklärte, die Leitung der provisorischen nationalen Regierung übernehmen zu lassen. Der Zeuge erwiderte, daß Hitler davon gesprochen habe, was er für eine Funktion übernehmen werde. Den Eindruck, daß Hitler den Reichsleiterposten übernehmen wolle, hatte der Zeuge nicht. In vaterländischen Kreisen sei ja schon längere Zeit davon gesprochen worden, daß, wenn Kahr aus Ruder komme, Hitler die Stelle eines Propagandachefs einnehmen würde.

Hitler erklärte nun folgendes: „Ich habe gesagt, daß ich bis zur endgültigen Entscheidung mit dem Reichs-

verbündener die Leitung des politischen Kampfes übernehme. Wenn ich Reichsleiter hätte werden wollen, so hätte ich diesen Titel auch vorgeschlagen. Botschaften lehne ich in dieser Hinsicht ab, wenn ein ehemaliger Portier Reichsleiter werden kann. General Kossow hat selbst erklärt, daß mir bei der Bildung der neuen Regierung das Amt eines Propagandachefs übertragen wird. Meine Erklärung lautet: Die Abrechnung mit den Novemberverbrechern leite ich.“ Das, Herr Staatsanwalt, wird absolut gemacht werden, wenn nicht jetzt, so doch in einer kommenden Zeit.“

Ein Verteidiger stellt nun die Frage, ob die Maßnahmen der Polizei davon abhängig wären, ob Kahr mit der Bewegung gehe oder nicht. Der Zeuge Balz erwiderte, wenn er wisse, daß Kahr, Kossow und Seiffert mitun, dann werde er überhaupt nichts veranlassen, sondern habe nur für die Befehlsorgane zu sorgen. Es sei ihm nichts davon bekannt gewesen, daß ein Marsch nach Berlin geplant gewesen sei.

Ein Verteidiger fragte, von welcher Stelle aus der Haftbefehl gegen Kapitänleutnant Erhardt sifiziert worden sei, ob von der Polizeidirektion oder etwa von dem Generalsstaatskommissariat. Der Zeuge verweigerte darüber die Aussage.

Der nächste Zeuge, Major a. D. Huber-Bayreuth, soll über Einzelheiten der Besprechung der militärischen Leiter der Nationalsozialisten am 23. Oktober in der Schellingstraße Auskunft geben. Der Staatsanwalt beantragt Ausschluß der Öffentlichkeit, da es sich hier um eine militärische Besprechung handle. Das Gericht beschließt, ihn aus diesem Grunde am Schluß der Sitzung zu vernehmen. Zugelassen sind nur die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden.

Als weiterer Zeuge wurde der Kaufmann und ehemalige Polizeibeamte Hoffmann unbedeutend vernommen. Er bekundete u. a., daß er die Wahrnehmung gemacht habe, daß ein Widerstand gegen die Staatsgewalt absolut nicht geplant gewesen sei. Der Oberleutnant Bräuner habe erklärt, „um Gotteswillen ja keinen Widerstand. Wenn man gegen uns vorrückt, dann ziehen wir uns zurück.“ Hitler habe absolut nicht daran gedacht, in der neuen Regierung eine führende Stellung einzunehmen. Das gehe auch daraus hervor, daß Hitler eine großzügige Propaganda mit Versammlungen und Kundgebungen vorbereitet habe. Außerdem habe Hitler stets scharf gegen Gewalttätigkeiten Stellung genommen. Auch bereinigt habe sich Hitler nie nach den anderen Parteigrößen.

Am Schluß der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß der Mittwoch sitzungsfrei ist und am Donnerstag morgen 8 1/2 Uhr mit der Vernehmung von Zeugen über äußere Vorgänge fortgesetzt werde. Die erwartete Vernehmung der Kronzeugen Kahr, Kossow und Seiffert dürfte also auch am Donnerstag noch nicht stattfinden.



Der Vorsitzende des Hitler-Prozesses Dr. Heilmann.

Ueber die Dauer des Hitlerprozesses können genaue Angaben nicht gemacht werden. Nachdem aber die Zeugenvernehmung ihren Anfang genommen hat, kann man an Hand der Reihen der geladenen Zeugen ungefähr andeuten, daß der Prozeß mindestens vier Wochen dauern wird. Von der Staatsanwaltschaft sind nämlich etwa 80 und von der Verteidigung etwa 150 Zeugen geladen. Da die Angeklagten vollumfänglich sind, so kann man annehmen, daß auf eine sehr große Zahl von Zeugen verzichtet wird. Es werden höchstens wohl 100 Zeugen gehört werden, von denen die Vernehmung v. Kahr, Kossow und Seiffert die größte Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Neben der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung werden wohl zwei Tage beanspruchen. Nach allem ist also anzunehmen, daß vor Ende März das Urteil kaum gefällt wird.

Die bayerische Regierung gegen Ludendorff.
München, 5. März. General Ludendorff brachte bei seiner Vernehmung vor dem Volksgericht vor, durch die Presse sei die Neujahrsrede eines Abgeordneten der bayerischen Volkspartei über Mitteilungen eines bayerischen Ministerialrates gegangen, Ministerpräsident Dr. v. Knilling und die Minister Schöner und Matt seien für den Zusammenschluß Bayerns und Oesterreichs. Nur die Frage sei noch offen, ob ein bayerischer oder österreichischer Fürst den Thron besteigen solle. Minister Schöner habe bei seiner Pfalzreise darüber mit dem französischen General de Mey verhandelt und die Zustimmung der Franzosen erhalten. Hierzu erzählt die Korrespondenz Hoffmann, daß an der von Ludendorff mitgeteilten Presseerklärung kein wahres Wort ist. Minister Schöner erklärte schon in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags vom 4. Mai 1923, daß die ganze Sache erlogen sei. Er sei in der Pfalz gewesen, habe aber den General de Mey nie gesehen und selbstverständlich auch nie gesprochen.

Keine Beeinflussung Bahrs durch den früheren Kronprinzen.
München, 5. März. Der „D. Allg. Ztg.“ wird vom Kabinett des früheren Kronprinzen Rupprecht mitgeteilt, daß der Wortbruch Bahrs, Hoffmanns und Seifers nicht als Folge des Zuredens von Kardinal Faulhaber auf den früheren Kronprinzen Rupprecht anzusehen ist. Der frühere Kronprinz stellt weiter fest, daß er sich an dem fraglichen Tag in Berchtesgaden aufhielt und von dem Putsch erst am Vormittag des 9. November Kenntnis erhielt.

Eine neue Verhaftung in München.
München, 5. März. Der bekannte Hauptmann Weiß, der in der völkischen Bewegung eine Rolle spielt, und gegen den seit den Novembervorgängen ein Haftbefehl vorlag, ist festgenommen worden. Die Verhaftung hängt mit der Tätigkeit des Weiß in der Nacht des 9. November zusammen, wo er als Presschef fungierte.

Neues vom Tage.

Reichstagsauflösung in Sicht?

Berlin, 5. März. Nach dem negativen Ergebnis der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und nach den Besprechungen, die die Reichsregierung mit den der Regierung nahestehenden Parteien geführt hat, rechnet man nunmehr in parlamentarischen Kreisen mit ziemlicher Sicherheit mit der Auflösung des Reichstages Ende dieser Woche. Man nimmt an, daß die am Mittwoch aufgenommene Generaldebatte damit enden wird, daß einige von den Sozialdemokraten auch in den vorgestrigen Verhandlungen erneut angeforderten Abänderungsanträge zu den verschiedenen Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurden, eingebracht und mit Hilfe der Rechtsopposition der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen angenommen werden. Dies würde dann für die Regierung der natürliche Anlaß zur Auflösung des Parlaments und zur Ausschreibung von Neuwahlen sein. Unbedingte Sicherheit für den Wahlergebnis besteht natürlich noch nicht. Doch wird nach wie vor in erster Linie der 1. April genannt, da ein längeres Interregnum bei der Wichtigkeit der dem Parlament nach seiner Wahl vorzuliegenden Fragen politisch nur schädlich sein könnte. In den Kreisen des Zentrums begrüßt man diese Entwicklung insbesondere deshalb, weil die vorgestrigen Verhandlungen gezeigt haben, daß es wenig Zweck hat, mit den Sozialdemokraten sachlich über diese Fragen zu verhandeln, solange diese grundsätzlich erklären, sachlich keine Zugeständnisse zu machen.

Reichsgericht und Aufwertungsfrage.

Berlin, 5. März. Wie die „Börs. Ztg.“ meldet, hat der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts die Bestim-

mungen der 3. Steuerverordnung, welche die Aufwertung betreffen, für rechtsgültig erklärt. Derselbe Senat hatte am 23. November 1923 das bekannte Urteil gefällt, durch das die ganze Aufwertungsfrage in Fluß gekommen ist. Jenes Urteil hatte bekanntlich ausgesprochen, daß rechtlich die Forderung nach Aufwertung gutzuheißen sei. Die Frage nach der Rechtsgültigkeit der in der dritten Steuerverordnung erfolgten Lösung des Aufwertungsproblems wurde durch die Entscheidung eines Berliner und des Kölner Oberlandesgerichts aufgeworfen, in denen diese Rechtsgültigkeit unter Hinweis auf den in der Reichsverfassung ausgesprochenen Schutz des Eigentums verneint wurde.

Minister auf der Leipziger Messe.

Leipzig, 5. März. Anlässlich der Eröffnung des Graß-Textilmessens fand im Buchhändlerhaus ein Essen statt, an dem außer den Reichsministern Jarres, Hamm, Höfle und Brauns die Ministerpräsidenten bzw. die Gesandten fast sämtlicher deutscher Bundesstaaten, sowie zahlreiche Vertreter von in- und ausländischen Behörden teilnahmen. Reichswirtschaftsminister Hamm sagte in seiner Rede u. a., die Weltwirtschaft und die Wirtschaft der Völker können nicht gedeihen ohne das Bekenntnis zu dem Grundgedanken der Arbeitsteilung und der Arbeitsgemeinschaft der Völker. Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling führte u. a. aus, die Notwendigkeit des Festhaltens an der Reichseinheit sei die gemeinsame Ueberzeugung aller deutschen Stämme. Diese Ueberzeugung trete in Bayern nicht weniger lebendig als im übrigen Deutschland zutage. „Wir Bayern“, schloß der Ministerpräsident, „hängen treu und zäh an unserer Stammesart, sind uns aber doch bewußt, daß wir gute Deutsche sind und gut deutsch bleiben wollen. Wir sind festen Willens, mit Treue zu dem großen deutschen Vaterlande zu stehen, das wir nicht lassen und müssen wollen.“

Ausstellungen in Tübingen.

Mannheim, 5. März. Mittwoch Morgen haben sämtliche Arbeiter des Alcen- und des Oppauer-Werks der Badischen Anilin- und Sodafabrik die Arbeitsstätte verlassen und sind zu einer Versammlung nach dem sogenannten Holzhof gezogen. Unter Abspiel der Marschmusik und Hochrufen auf die Räterepublik zogen dann die Arbeiter in den Fabrikhof. Gegen 11.45 Uhr rückten die Arbeiter gegen das Fabrikgebäude vor, schlugen die Sperre am Eingangstore zusammen und drangen in das Gebäude ein, wobei ein Beamter mißhandelt wurde. Ueber die weiteren Vorgänge fehlen bisher Einzelheiten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr. Abg. Ermer (D.Vp.) gibt eine Erklärung über die Duellforderung des deutschvölkischen Abg. v. Graefe ab und stellt fest, daß er diese Forderung ablehne, da sich nicht mit Pistolen, sondern nur mit Beweisen entscheiden lasse, ob die drei Abgeordneten des Hochverrats schuldig seien oder nicht. Er schließt mit einem energischen Protest gegen diesen Eingriff in die Immunität gerade von Abgeordneten, die dauernd die Rechte der Immunität für sich in Anspruch nehmen. (Beif.) Abg. v. Graefe (D.Völk.) lehnt eine Erörterung mit Dr. Ermer über Ehrenhändel ab. Dazu werde sich vielleicht eine andere Gelegenheit finden. Mit der 1. Lesung des Protokolls ist die politische Ansprache der zweiten Rednergarnitur verbunden. Abg. Breitheid (Soz.) nimmt stark Stellung gegen die Duellforderung der deutschvölkischen Abgeordneten. Auf dem Tisch des Hauses sind inzwischen zwei alte Pistolen niedergelegt worden mit einem Zettel: „Den Deutschvölkischen zum Hausgebrauch!“ - Der Präsident

läßt die Pistolen entfernen. Der Kanzler habe erklärt, daß er es auf keinen Fall zu einer eingehenden Beratung der Aufwertungsfrage kommen lassen werde, da dadurch unsere Währung gefährdet werde. Die sozialdemokratischen Anträge seien ernst gemeint und kein Scherz. Er bespricht dann den Ausnahmezustand und hält politisierende Generale für überflüssig. Der Redner bespricht dann den Münchener Hitler-Prozess und kritisiert scharf das Verhalten des Generals Ludendorff. Leider ist das deutsche Volk im Kriege nicht nur unter dem militärischen, sondern auch unter dem politischen Befehl dieses Mannes gestanden. Die Sozialdemokratie lehnt auch den zivilen Ausnahmezustand ab, da er in den Händen des Ministers Jarres ebenso verhängt sei, wie der militärische Ausnahmezustand. Der Redner gibt dem Außenminister den Rat, seine persönlichen Ueberzeugungen von der Forderung Frankreichs und dergl. nicht allzu laut zu verkünden.

Minister Dr. Brauns führt aus, daß die sozialdemokratischen Anträge zur Abänderung der Steuerverordnungen überflüssig seien. Verschiedene Bestimmungen dienen durchaus dem Schutze der Arbeiter, ebenso die Tarifverträge.

Reichsinnenminister Dr. Jarres weist nach, daß der Kanzler seine Forderung bezüglich der Erhebung des militärischen durch einen zivilen Ausnahmezustand eingelöst habe. Der Ausnahmezustand solle jetzt nur alle die Bestrebungen bekämpfen, welche auf gefehldrigem Wege eine Aenderung der Verfassung herbeiführen wollen. Der Minister verliest Stellen aus kommunistischen Flugblättern, worin das Proletariat zur revolutionären Umwälzung im März und April aufgefordert wird. Man hat auf Bayern den Ausnahmezustand nicht ausgedehnt, weil Bayern einen erweiterten Ausnahmezustand hat. (Bärm und Lachen.) Einem anderen Lande in derselben Lage hätten wir dies bawarische Vorrecht auch gewährt. (Heiterkeit.)

Abg. Knas (Zentr.) stellt fest, daß die Gründe des Kanzlers für die Notverordnungen sind: Erhaltung der deutschen Währung, Sanierung des Haushalts und Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 6. März 1924.

Gutes Saatgut - hohe Ernten!

Beim Einkauf von Saatgut zu sparen, hat sich noch stets gerächt. Aber heute wäre diese Sparsamkeit auch sinnlos, denn Originalsaatgut war noch nie so billig als jetzt, da die Bäcker nur 50 Prozent über den Marktpreis für gewöhnliches Getreide usw. erhalten; außerdem sind die Früchte auf die Hälfte ermäßigt worden für anerkanntes Saatgut. Wer Originalsaatgut kauft, spart die Reinigungslofen für seine eigene Ernte und kann durch Anwendung der Düngung bei guter Ackerbereitung und Düngung an der Ausfaatmenge sparen. Grundlegend für die Berechnung ist aber der Gedanke, daß nicht die Produktionskosten je Hektar, sondern die Kosten je Hektar geerntete Frucht für die Rentabilität maßgebend sind. Alle richtigen Auswendungen erhöhen wohl die Kosten je Hektar, erhöhen aber den Anteil jedes erzeugten Hektars Frucht an den Gesamtkosten verringern. Trifft das nicht ein, dann ist unwirtschaftlich gearbeitet worden. Gutes Saatgut erlaubt weitgehende Ersparnisse an den Ausfaatmengen, weil es rein ist und hohe Keimfähigkeit besitzt; daher verhilft es die Verunkrautung der Felder, ist widerstandsfähig gegen Krankheitsbefall und nutzt die teuren Düngemittel voll aus. In den Fällen, wo man auf den Einkauf guten Saatguts verzichten muß, ist eine sorgfältige Reinigung und eventuell ein Weizen des in der eigenen Wirtschaft erzeugten Saatgutes erforderlich. Zur Bestimmung der Ausfaatmenge ist ein Keimversuch anzuraten.

Nicht was ich habe, sondern was ich schaffe, ist mein Reich. Carlhe.

Die Bauerngräfin

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Der Abschied wurde ihr schwer. Es waren ja nur sechs Wochen - aber es waren sechs Wochen, in denen sie Hans Ehardt nicht sehen würde. Ihr war zum Weinen zumute. Die Liebe sie ihn doch! Wie schmerzte sie sich nach ihm. Ihre Krankheit hatte sie doch schwach gemacht. Aber nein! Es durfte nicht sein; darum war es schon besser, sie ging für eine Weile fort. In wehmütigen Sinnen verlor sie, lag sie auf dem Divan in ihrem Voudoir. Da meldete der Diener: „Seine Durchlaucht.“ Sie eilte hinunter in den Salon, Ebringen zu begrüßen. Er lächelte ihre Hand. „Ich wollte Sie doch noch einmal sehen, ehe Sie reisen. Hans Ehardt wird in einer halben Stunde hier sein, er wurde in der Kaserne noch aufgehalten.“ „Sie bleiben doch selbstverständlich zum Abend?“ „Ich möchte nicht gern stören.“ Er nahm ihr gegenüber Platz. „Ach, hören! Durchlaucht wissen doch längst, daß eine solche Besichtigung unnötig ist.“ „Ja, leider, Frau Rosemarie.“ Er nickte, und sein hübsches Gesicht trug einen bestimmten Ausdruck. „Schon Ernst habe ich gesehen, daß etwas zwischen Ihnen und Hans Ehardt steht. Er hat sich auf die Dauer nicht vor mir verstellen und als glücklicher Ehemann aufspielen können, der er doch von Rechts wegen sein möchte.“ Sie sah ihn groß an. „Hat er sich über mich beklagt? Wissen Sie den Grund? Wissen Sie, wie unsere Verlobung und Heirat zustande gekommen ist?“ Wieder nickte er. „So unglücklich.“ Hans Ehardt ist das Opfer für seines Vaters Leichtsinns und ist das Opfer für meines Vaters Starrsinn geworden. Lustig war es nicht! Ward je ein Weib in dieser Mann gewonnen - ward je ein Weib in dieser Mann gezeit - auf niemand paßte dieses Schicksalswort wohl

besser als auf mich. Das „Geschäftsverhältnis“, in dem mein Mann und ich stehen - „Und unter dem er so namenlos leidet.“ „Hat er Sie beauftragt, mir das zu sagen?“ fragte sie scharf. „Nein, Frau Rosemarie, er trägt seinen Schmerz für sich. Doch ich sehe, was Sie in ihrer Unversöhnlichkeit aus ihm gemacht haben.“ Mit allen Zeichen der Unruhe erhob sie sich und ging auf Ehardts weichen Teppich auf und ab. „Warum sagen Sie mir das, Durchlaucht?“ „Weil ich sein Freund bin, und weil ich ihn glücklich sehen will. Er verdient es, ein Mann wie er.“ „Ich bin bereit, ihn von mir zu befreien.“ „Sie sind grausam, Rosemarie, das zu sagen. Sie wissen recht gut, wie über alles teuer Sie ihm sind und äußern dennoch einen solchen Gedanken! Er sich von Ihnen trennen! Eher -“ „Sie sind ein bereiteter Anwalt, Durchlaucht.“ Der leichte Spott in ihrer Stimme reizte ihn. „Und Sie sind trotz aller Herzensgüte so rachsüchtig und kleinlich - verzeihen Sie, daß ich das sage - doch ich muß mich aussprechen. Diese Charakterzüge passen nicht in das Bild, das ich mir von Ihnen gemacht habe - sie können. Und dann, Frau Rosemarie: Sie wälzen gegen sich selbst! Wie ich Sie kenne: nicht einen Tag wären Sie im Hause eines Mannes geblieben, den Sie nicht liebten! Warum also diese unnütze Quälerei? Ihr beide gehört zusammen. Bekümmern Sie sich dagegen nicht mehr. Wollen Sie erst die Aene kennen lernen über veräusertes Glück?“ Eine flammende Glut übergoß ihr Gesicht. „Nicht weiter, Durchlaucht! Auch Sie dürfen mir das nicht sagen! Das, was zwischen meinem Mann und mir steht, ist unüberbrückbar.“ Er erhob sich. „Verzeihen Sie, ich wollte nicht anbringen.“ Er war gekränkt. Sie war zu schroff und vorzeitig gewesen. Bittend sah sie ihn mit den schönen, klaren Augen an und nahm seine Hände. „Verzeihen Sie mir, Durchlaucht. Wenn ich jemand zu Dank verpflichtet bin, dann sind Sie es. Ihre Freundschaft hat mich, die „geborene Krause“ sehr beglückt, hat mir über vieles hinweggeholfen und den Aufenthalt hier erst erträglich

gemacht. Ich bin undankbar gegen Sie, da Ihre Absicht, zwischen meinem Mann und mir zu vermitteln, so edel und gut ist. Aber dennoch: es gibt etwas, was man nicht vergessen kann - es auch nicht darf! Würde man es, es wäre charakterlos. Hans Ehardt hat mich sehr niedrig eingeschätzt, und dieses Bewußtsein brennt während in mir.“ „Aber er bereut doch so aufrichtig.“ „Es mag so sein. Aber ist die Tatsache damit aus der Welt geschafft?“ „Frau Rosemarie, ich werde nicht Aug aus Ihnen. Nur gegen den einen Menschen sind Sie so hart und unversöhnlich, und für andere opfern Sie sich unbedenklich, auch sogar für die Frau, die Ihnen so wenig freundlich gesinnt ist. Morgen geben Sie mir für lange fort und gönnen dem, der darauf wartet, nicht ein gutes Wort. Ach, könnte ich Sie doch anderen Sinnes machen! Ich weiß, es ist gewagt von mir, daran nur zu rühren. Doch meine Freundschaft für Sie beide gab mir dieses Recht.“ Mit einer Gebärde der Qual legte sie die Hände gegen die Schläfen. „Durchlaucht, ich bitte Sie - nein, nein, ich kann nicht!“ Mit einem bereiten Blick sah er sie da an und schwieg. Ach, für ihn wäre es besser, wenn er die süße Frau nicht mehr sehen würde. Er konnte doch nichts dafür, daß sie ihn so ganz beherrschte. Dennoch hatte er nicht eine Minute vergessen, daß sie dem Freund gehörte, und darum wollte er vermitteln, wollte die beiden zusammenführen. Rosemarie sagte nichts mehr, bis Hans Ehardt nach Hause kam. Der alte Krause lehnte sich in seinen Stuhl zurück und legte abwehrend die Hand über seine Koffelkaffe. „Nein, danke, Toni! Willst du mich zum Ungehorsam verleiten? Da, sieh, der Herr Doktor da drüben macht schon böse Augen. Du weißt, daß er mir eigentlich den Kaffee ganz verboten hat, aber Muttern, der kannst du ruhig noch einschenken und von deinem schönen Pfingstbuchen geben.“ Die Familie Krause sah heute, am ersten Pfingstfeiertag, in der geräumigen, von wildem Wein umrankten Laube des großen Blumen- und Biergartens, der neben dem Wohnhaus an der Dorfstraße lag. Der Duft des blühenden Flieder hing schwer in der Luft. Darüber schien die Frühlingssonne und übergoß alles mit strahlendem Licht. (Fortsetzung folgt.)

ep. Das Opfer am Landesbistag ist wie alljährlich für die evangelische Studienhilfe bestimmt. Sie hat auch im vergangenen Jahre einer ganzen Anzahl Schüler und junger Leute, die sich für das theologische Studium vorbereiten, wertvolle Hilfe geleistet. Bei der Beräumung unseres Kolles und der Not der Zeit ist eine gedeihliche Entwicklung der Studienhilfe unentbehrlich, wenn junge Strebende, zum Dienst der Kirche willige Kräfte vor Verkümmern bewahrt und ihnen der Weg zum Ziel geöffnet oder erleichtert werden soll. Wenn es um die Zukunft unserer Kirche zu tun ist, der wird die evang. Studienhilfe tatkräftig unterstützen. — Für den Landesbistag sind folgende Schriftstellen als Predigterte bestimmt: für die Vormittagspredigt 1. Petr. 4, 17 f., für die Nachmittagspredigt Jerem. 2, 7-10.

ep. Ein württembergisches Schmuckstück. Soeben hat die württ. Bibelanstalt das Neue Testament in der Uebersetzung des Gymnasialdirektors a. D. Dr. Hermann Menge mit Bilderdruck des erst kürzlich verstorbenen Altmeisters Friedrichs Kunst, D. Wilhelm Steinhausen, herausgegeben. Die Uebersetzung Dr. Menges schließt sich pietätsvoll an die in ihrer Art unübertroffene Uebersetzung Luthers an, ist aber auf den neuesten Stand der Sprachwissenschaft gebracht und steht in stillem heutigem Deutsch die Eigenart der neustamentlichen Schriftsteller wiederzugeben. Den Bilderdruck hat Steinhausen aus eigenem Antrieb für diese Uebersetzung geschaffen und der württ. Bibelanstalt zur Verfügung gestellt. Das einfach und geschmackvoll ausgestattete Büchlein wird bei seinem billigen Preis diesen das tiefere Verständnis des neuen Testaments erleichtern und empfiehlt sich wohl auch als Geschenk für geförderte Konfirmanden.

— Änderung der württ. Pachtungsverordnung. Die Ministerien der Justiz und der Ernährung haben die württ. Pachtungsverordnung vom Jahre 1922 in mehreren wesentlichen Punkten abgeändert. Die Pachtungsverordnungen können danach für Grundstücke, die zu landwirtschaftlicher, obstäublicher oder gewerbmäßiger gärtnerischer Benutzung verpachtet oder verpachtet sind, bestimmen, daß Leistungen, die unter den veränderten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gerechtfertigt sind, anderweitig festgesetzt werden, soweit es der Billigkeit entspricht. Sie haben hierbei den Vertrag, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag, sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Vertragsparteien angemessen zu berücksichtigen. Die Zustimmung beider Teile ist erforderlich. Beträgt die Größe des Pachtlandes weniger als 5 Hektar, so können die Pachtungsverordnungen außerdem bestimmen, daß gekündigte Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren fortzusetzen sind; ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur Dauer von 2 Jahren verlängert werden und Verträge vor Ablauf der vereinbarten Zeit aufgehoben werden. Die Verfügung trat mit dem 1. März 1924 in Kraft. Auf Pachtverträge, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen werden, findet die Pachtungsverordnung keine Anwendung.

— Abgabe von Weidestreuen. Nach einem Erlaß der Forstdirektion soll auch künftig entbehrliche Streu aus Staats- und Gemeindeforsten der Landwirtschaft überlassen werden. Unentbehrlich für die Holzherzeugung aber ist und bleibt die Laubstreu und unter gewissen Voraussetzungen auch die Moosstreu in Beständen, auf welche nur im äußersten Notfall zurückgegriffen werden kann. Forstämter, Oberämter und Verwaltungsvorgänger sollen daher dahin wirken, die Eindeutung der landwirtschaftlichen Kreise mit Forstreuen nachdrücklich zu fördern. Die Finanzierung des Unternehmens sollte nötigenfalls mit Hilfe der Gemeinden und Amtskörperschaften vollzogen werden.

— Auswanderungsaufzug. Schon vor einiger Zeit wurde vor einem Auswanderungsaufzug gewarnt, der in Karlsruhe und Umgebung sein Unwesen trieb. Es handelte sich damals um ein angeblich groß angelegtes Auswanderungsunternehmen nach Brasilien, hinter dem in Wirklichkeit ein Grüppchen von Leuten stand, das in keiner Weise den großen Aufgaben gewachsen war, die ein solches verantwortungsvolles Unternehmen an seine Leitung stellt. Neuerdings hat sich nun die Unternehmungslust dieses Grüppchens auf Paraguay, die kleinere in der Mitte von Südamerika gelegene, vom Meere abgeschlossene Republik geworfen. Auch vor diesem Unternehmen kann nur, wie uns von untrügerischer Seite mitgeteilt wird, dringend gewarnt werden. Die angeblichen Verhandlungen mit der Regierung von Paraguay, auf die sich diese Pressenotiz beruft, bestehen in einer kurzen Auskunft über das paraguayische Ansiedelungsgesetz. Auch der übrige Inhalt der Pressemitteilung läßt deutlich erkennen, daß die Väter dieses Siedlungsplans mit den tatsächlichen Verhältnissen und Wirtschaftsverhältnissen in Paraguay in keiner Weise vertraut und daß sie sich der gewaltigen Schwierigkeiten nicht entfernt bewußt sind, die eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Durchführung eines solchen Unternehmens mit sich bringt. Das Reichswanderungsamt hält den Erfolg einer derartigen Siedlung großen Stills ebenfalls für sehr fraglich, zumal die Finanzierung des Unternehmens durch kleine Anteilscheine, wie es geplant ist, vollkommen ungenügend ist. Wer sich also vor bitteren Enttäuschungen bewahren will, lasse sich auf dieses Paraguay-Unternehmen nicht ein.

Tagold, 5. März. (Noch gut abgelaufen.) Gestern Abend wollte ein Fuhrwerk an der Hailerbacherstraße nach vor dem daherkommenden Altensteiger Zug den Bahnübergang passieren, der Wagen wurde aber von der Lokomotive erfasst, wobei der Fuhrmann und das Pferd ohne Schaden zu nehmen davonsamen, dagegen wurde das Fuhrwerk zertrümmert.

Stuttgart, 5. März. (Geburtstag.) Derzog Wilhelm von Urach, Graf von Württemberg, hat in aller Stille seinen 60. Geburtstag begangen.

Abbau. Nachdem erst vor einigen Tagen die Bergwerksämter auf vier im Lande verringert worden sind, trägt sich das Reichsbergwerksministerium mit dem Gedanken, alsbald einen Scheit weiter zu gehen und die Bergwerksämter den bestehenden Bergwerksämtern anzuschließen.

Kornwepfheim, 5. März. (Vorbildlich.) Der Gemeinderat hat auf die Weiterzahlung von Tagelohn in den Gemeinderats- und Ausschüssen verzichtet.

Hall, 5. März. (Ein Achtzigjähriger.) Der frühere Professor am hiesigen Realgymnasium, August Koch, konnte in geistiger und körperlicher Frische und Mäßigkeit seinen 80. Geburtstag begehen.

Neutlingen, 5. März. (Großfeuer.) Durch Sturmkläuten wurden die hiesigen Feuerwehren nach der früheren Hahn'schen Mühle gerufen, in der die Schwabensabrik Zetsche u. Sohn und die Neutlinger Teigwarenfabrik untergebracht sind. Das Feuer fand reiche Nahrung und wüthete mit großer Heftigkeit. Die Lagerbestände in den beiden abgebrannten Stockwerken wurden entweder vernichtet oder durch das Wasser beträchtlich beschädigt, daß sie für ihren Verwendungszweck nicht mehr tauglich sind.

Gehingen, 5. März. (Tollwut.) Vor kurzem wurde in Jungingen ein tollwutkranker Hund getötet, der kurz vorher auch eine Kuh gebissen hatte. Die Kuh mußte jetzt geschlachtet werden, nachdem bei ihr Tollwut festgestellt worden war.

Reutlingen, 5. März. (Blutbad.) Am Sonntag Abend kam es zwischen zwei Barschen von Weidenhausen, die zwei Mädchen von dort hierher begleitet hatten, und zwischen 10-12 Barschen von hier zu Schwere Schlägereien, bei denen Journalisten usw. verwendet wurden. Einer der Weidenhäuser Barschen griff zum Messer, nach blühdings um sich und traf dabei den Wagner Georg Jaul so unglücklich in die Halsschlagader, daß der Tod durch Verbluten sofort eintrat. Außerdem wurden noch zwei Barschen von hier verletzt. Der Täter ist festgenommen.

Friedrichshafen, 5. März. (Todesfall.) Nach langem Leiden ist Oberst a. D. Freiherr Dr. Max von Gemmingen-Guttenberg, der Neffe des Grafen Zepelin und nach dessen Tode sein von ihm selbst gewählter Nachfolger in der Fortführung seines Werkes und Unternehmens, gestorben.

Stuttgarter Brief.

Der Fasching als Vorbierfest — Das Fest der 3000 — Das Gegenstück.

Am hat auch der heutige Fasching ein Ende und der Nächermittwoch ist da. Die stille Zeit beginnt. Es ist gut so, denn dieser Fasching war ein geistloser, fader und dummhäußerlicher Geselle. Man könnte als Motto über ihn schreiben: W W W — das heißt auf schwäbisch deutsch: Wir wollen Wulle. Es war das große Starbierfest, zu dessen Ehren die Gasthöfe und Wirtschaften Tannenbäume vors Haus stellten und Girlanden zogen. Ganz bayerischem Muster nachgemacht! Und wenn jetzt diese Vorbierfeste nach dem Märzbad im April mit dem Salvator und im Mai mit dem Waldbod eine Fortsetzung erfahren sollen, so sehe ich schon unsere Anti-Alkoholiker aufmarschieren mit Protesten, Petitionen und Beschlüssen. Ein gutes Glas Vorbier, ob's dann Dinkelader, Wulle, Kettenmänner, Leicht oder Englisches Hofbräu ist, in allen Ehren! Zumal nach langen Jahren Dämbieres. Aber dieses Tannenbaum paßt zum Vorbierfest ganz und gar nicht. Oder ist es vielleicht als Faschnachtsfeier aufzufassen? Als Reklame gewiß nicht! Da gäbe es schon ganz andere Symboliken, die den „harten Bod“ veranschaulichen!

Ganz so dummhäußerlich wie diese bekümmerten Bierfeste einzogen, wo im überfüllten Saal jeder Anblick mit neuen Glockengeläut verknüpft wurde, worauf ein allgemeines Guffa und Bläserieren einsetzte, ist auch der Fasching verlaufen. Die hohe Obrigkeit hatte Maskenbälle verboten. Und so sah man denn nur ein paar „Affengesichter“ frecher Bengel, wie man auf der Alb die Gesichtsmasken nennt, auf der Straße. Die Karrette beschränkte sich auf Vereinsfeste und Wohlthätigkeitsveranstaltungen. Daß man bei den Wöllern in der Viederhalle den ehrwürdigen Hans Sachs mißbrauchte, um die Rentennarr für die Armen herauszuladen, sei zwar verziehen. Aber die 3000, die da am Sonntag und Dienstag herumtollten, wollten eben Faschnacht feiern. Die Verwandlung des äußeren Menschen an Faschnacht, wie man das Faschingstreiben umschreiben kann, ist eben Volksbrauch und nicht auszuweichen. Das zeigte sich auch in den großen Bierlokalen, in den Kaffeehäusern, den Varietés und Kabarets. Eine bunte Papiernähe auf dem Kopf war vielfach Bedingung. Und dann gab es Papierschlachten mit Konfettis und allerlei Karretts. Die Halbwelt und sog. Vornehme schlüchtern sich in die Dillen und Bars: degente moderne Musik, Schimmiang, Kabarettvorträge, verbunden mit Gemüß von Wein, Sekt und Likören in allerlei „Lamen“-Vesellschaft, das ist so das Milieu dieser intimen Vesellschaftsräume. Auch eine Erregungssphäre der neueren Zeit!

Als ich so Ausschau haltend durch die Straßen gehe, steht mich einer aus dem Norden an: Nicht ist los! Dieses langweilige Stuttgart, diese miederliche Stadt! Ich schickte ihn zu den 3000 in die Viederhalle. Ob er heute auch noch meint: Nicht ist los? —

Da sehe ich wie ein altes verholztes Weiblein aus dem Straßentor Papierfetzen und alles Brennbares zusammenfacht. Riesengroß steht plötzlich vor mir in all dem Faschingstrübel die Not dieser Stadt. Und ich suche nach dem Heer der Armen in dieser nächtlichen Stunde. Dort brüht sich ein alter Mann in zerfallener Kleidung der Mauer entlang und hält in der Hand den Hut zum Empfang von Almosen, hier sehen ein paar Läm den Kinderdicken entworfene Mädchen mit den gierigen Augen der Armut auf die Herrlichkeiten der Konditorei; da bietet einer noch Schühneitel zum Verkauf an. Eine Mutter zerrt ihre Kinder von dem Be-

trübel vor den Vokalen weg und sagt: Ja, wenn wir nur Brot und eine warme Stube hätten! Und aus der vielbesetzten Poulanquerelle ertönt der um Gaben bittende und vollsmäßige Gesang einer Gruppe der Heilsarmee, die sich durch diesen sauren Dienst die Mittel erworben hat, um schon über 14000 Portionen warme Essen an die Armen der Stadt zu verteilen. Und mit der Not schreitet das Vaher, nur zu oft ein Kind der Armut, durch die Straßen der Stadt. Da fahrt mich der Elend ob dem Faschingstrübel. Karrentrübel und namenlose Not, wohl die grellsten Gegenläge, wählen in mir. So war es noch immer! sagt der Verstand. Da müßte geholfen werden! fordert das Herz. Und noch im Schlaf murmele ich: Verdrübe Welt, verdrübe Menschen, Faschnacht....

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Unterzeichnung des deutsch-türkischen Vertrags. Am 2. März wurde der Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Türkei unterzeichnet. Er lehnt sich in der Form eng an den türkisch-ungarischen Vertrag an und umfaßt wie dieser nur einige wenige Artikel. In der Einleitung wird zunächst festgestellt, daß zwischen Deutschland und der Türkei und deren Bürgern Frieden und Freundschaft herrschen. In den übrigen Artikeln wird die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen gemäß den Gepflogenheiten des internationalen Rechts angeordnet.

Besuch des österreichischen Handelsministers. Der österreichische Bundesminister für Handel und Verkehr, Dr. Schurff, und weitere österreichische Gäste besichtigten die Handelskammer Berlin. Der Vorsitzende des Börsenvorstandes bewillkommnete die Gäste. Minister Dr. Schurff gab die Versicherung ab, daß er und seine Landsleute hierher geeilt wären, um weiter aufzubauen, was der Krieg zerstört habe.

Eine Herausforderung zum Duell. Der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Bremer hatte während der letzten Reichstagsdebatte Herrn v. Graefe das Wort „Hochverräter!“ zugerufen. Darauf haben die 3 deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Wulle und Denning einen Kartellträger zu ihm entsandt und ihn auf Pistolen bis zur Kampfunfähigkeit gefordert.

Gefangenentausch. Die wegen Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung in Dresden verhafteten 66 Kommunistenführer, darunter der Landtagsabgeordnete Renner sind wieder aus der Haft entlassen worden.

Buntes Allerlei.

Ein verrückt gewordener Tenor. Im Theater Verdi in Triest fiel die Oper „Antony“ des Komponisten Rodrigo durch. Der Tenor Tafuro regte sich über das Fleißen des Publikums auf und sagte ihm zu: „Ihr seid alle Oesterreicher!“ Das Publikum beargwünigte ihn daraufhin mit Wurfgeschossen der verschiedensten Art, die der Tenor prompt in den Zuschauerraum zurückwarf. Die herbeigerufenen Karabinier führten schließlich den irrsinnig gewordenen Tenor hinweg und brachten ihn in eine Anstalt für Geisteskranken.

Eine Entdeckung zur Verhütung von Kriegen. Der norwegische Ingenieur R. B. Kafen behauptet, eine Entdeckung getan zu haben, die tatsächlich jeden künftigen Krieg unmöglich machen würde. Die chemischen und elektrischen Widerstandsmittel, die er gefunden haben will, sollen eine so vernichtende Wirkung haben und sollen von einem so kleinen technisch geschulten Korps bedient werden können, daß ein schwacher Staat, der sie anwende, keinen Angriff mehr zu fürchten brauche. Die dänischen Journalisten, denen Kafen dies mitteilte, scheinen seinen Worten großes Gewicht beizulegen. Nähere Einzelheiten über die Entdeckung werden nicht gegeben.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am 5. März. 4210,5 Br., Amsterdam 1573,9, Italien 182,5, London 1814,5, Paris 172,4, Schweiz 731,8, Prag 122,9, D.-Oesterreich 0,0842, Goldanleihe 4200.

Der Tiefstand des Frankens. Der französische Franken, der am Dienstag an den kontinentalen Börsen einen neuen Rekordtiefstand erreichte, notierte in London zeitweilig 106 zum Pfund Sterling.

Berliner Börse, 5. März. Die Mittwochsbörse stand noch unter dem Eindruck der aus Anlaß der Insolvenzen der an sich zwar nicht bedeutenden Wasserfirma Georg Meyer erfolgenden Zwangsversteigerungen. Gerüchtele verläutet auch von Schwierigkeiten weiterer 4 kleinerer Bankfirmen. Es ist nach Lage des Marktes auch nicht ausgeschlossen, daß sich noch weitere Zahlungsschwierigkeiten herausstellen werden. Es übermogen heute die Verkaufsaufträge, zumal wieder eine Reihe von Steuerzahlungen bevorsteht, die den Mangel an Kapitalien im Publikum noch vergrößern. Am Devisenmarkt bleibt die Lage unverändert. Im Verlauf der Börse nahmen die Bedeckungskäufe der Spekulation zu, so daß sich fast das gesamte Kursniveau etwas erhöhte.

Stuttgarter Börse, 5. März. An der Börse war heute richtige Nächermittwochstimmung. Die Abgabeneigung war so stark, daß die wenigen Käufer zu wesentlichen niedrigeren Kursen als gestern ankommen konnten. Konfakten schwächer: Hypothekbank 1,80 (1,9), Vereinsbank 4,3 (4,5). Spinnereien konnten sich annähernd behaupten. Erlangen 10,25 (und), Kolb und Schüle 2,25 (2,4). Brauereien waren wenig begehrt: Brauhaus Ravensburg 4,5 (4,7). Am Maschinen- und Metallmarkt kam die abgeschwächte Stimmung am meisten zum Ausdruck. Daimler 4,3 (5), Feinmechanik 29,5 (34), Ehlinger Maschinen 9,3 (10). Nahrungsmittelaktien: Kaiser Otto 3,5 (3,8), Knorr 9 (9,6). Uebrigere Werte: Antlin 20,25 (21,8), Besser 3,4 (3,8), Flegel Ludwigsburg 12,5 (13). — Im Freiverkehr gingen die Kurse bei stillem Geschäft weiter abwärts.

Amtl. Berliner Produktennotierungen v. 5. März. (In G.M.): Weizen, märk. 162-167, Rill; Roggen, märk. 130-137, Rill; Braugerste 175-185; Futtergerste 150-155, Rill; Haber, märk. 112-120, pomm. 112-120, schwäb.; Weizenmehl 24,5-26,75; Roggenmehl 20,5-22; Weizenkleie 9,2-9,3, fest; Roggenkleie

